

Pressemitteilung zu den Haushaltsberatungen
am 13.12.21



Stadtratsfraktion Ansbach

fraktion.ansbach@gruene-ansbach.de

Haushaltsrede 2022

In Auszügen als Video: <https://youtu.be/dTz-dd9v34I>

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Ansbacherinnen und Ansbacher,

zunächst möchten wir uns bei allen bedanken, die im vergangenen Jahr mit uns konstruktiv zusammengearbeitet haben. Außerdem möchten wir unser Lob und unseren Dank aussprechen an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Schulen und Kindergärten, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bürgeramt und AKUT und natürlich an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung. Das gleiche gilt natürlich auch für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Pflegeeinrichtungen, in den Krankenhäusern, dem Rettungsdienst und Feuerwehren.

Das Jahr 2021 war kein leichtes Jahr. Die Menschen in den Krankenhäusern arbeiten seit mittlerweile fast 2 Jahren immer unter Hochdruck, meist unterbesetzt. Sie arbeiten viel zu oft bis zur Erschöpfung, um unser Leben zu retten. Stand heute sind bereits 47 Menschen in Ansbach an Corona gestorben.

Auch in anderer Hinsicht leiden Menschen unter den Folgen der Corona-Pandemie: Beratungsstellen und Psychiatrie können gar nicht alle Menschen aufnehmen, die Hilfe brauchen. Menschen haben Sorgen um ihre Existenz, weil sie die Grundlage für ihre Berufe zusammenbrechen sehen.

Wir haben versucht, trotz Corona in die Zukunft zu schauen.

Klar ist, Corona bedeutet eine Zäsur für unsere Gesellschaft. Eine Zäsur, die vieles auf den Prüfstand stellt und uns auch deutlich macht, was passiert, wenn wir die Ökosysteme weiter bis an ihr Limit belasten. Gleichzeitig liegen große Herausforderungen vor uns. Trockene Sommer mit ungeheuren Auswirkungen auf den Wald und die Landwirtschaft vor der Tür, gesunkene Grundwasserspiegel, Starkregenereignisse und Überschwemmungen bis direkt vors Stadthaus.

Um das 1,5-Grad-Klimaziel erreichen zu können, müssen wir unseren Ressourcenverbrauch stark reduzieren. Das wird keine leichte Aufgabe.

Ansbach hat vor 12 Jahren ein Klimaschutzkonzept verabschiedet, das uns einen Weg vorgegeben hat. Wir haben seitdem einen Klimaschutzmanager, doch was haben wir erreicht?

Das wissen wir leider nicht, weil trotz Vorgaben im Klimaschutzkonzept bislang noch nie eine Klimabilanz vorgestellt wurde. Was wir vermissen, ist die sachgebietsübergreifende Umsetzung dieses Konzepts in konkrete Maßnahmen. Manchmal haben wir daher den Eindruck, als würden wir in Ansbach im Blindflug in Richtung Klimakrise steuern.

Wir brauchen ein grundlegendes Umdenken, und zwar nicht nur in der Verwaltung und im Stadtrat, sondern auch in der Bevölkerung. Wir müssen ab sofort die Bereiche Wohnen, Energie und Mobilität viel konkreter anhand ihrer Auswirkungen auf das Klima prüfen.

Durch das Ausweisen von Neubaugebieten auf der grünen Wiese geht ständig Natur und vor allem landwirtschaftliche Fläche verloren. Dies führt zu einer negativen Umweltbilanz und hat massive Kosten für neue Infrastruktur zur Folge. Also würde Ansbach gut daran tun, die 460 unbebauten Grundstücke und Brachflächen zur Nachverdichtung zu nutzen.

Wir müssen weg von diesem sorglosen Umgang mit der Ressource Boden hin zu einer zukunftsweisenden, nachhaltigen und kreativen Bodenpolitik.

Wir brauchen eine Begrünung der Stadt, um der Überhitzung im Sommer vorzubeugen und die Stadt für die Herausforderungen der drohenden Klimakatastrophe fit zu machen. Wir haben die Chance, mit dem Ausbau des Hochwasserschutzes die Renaturierung unserer Rezat durchzuführen und damit den Fluss nicht erst irgendwo weit draußen, sondern direkt an der Altstadt zu erleben. Wir wollen diesen zentralen Ort unserer Stadt allen Bürgerinnen und Bürgern als Erlebnisraum zurückgeben.

Stichwort Verkehr: Ansbach hängt immer noch viel zu einseitig an dem Gedanken der Autostadt. Aber zukunftsweisende Mobilität bedeutet viel mehr: Wir müssen definitiv vom PKW als bisherigem Hauptverkehrsträger wegkommen und die ökologischeren Verkehrsmittel, also das Fahrrad und den ÖPNV, aber auch den Fußgängerverkehr fördern und ausbauen. Es gibt in Ansbach noch viel zu wenig spürbares Engagement für die Mobilitätswende und dementsprechend viel zu wenig Investitionen dafür. Es wird immer nur auf die Kosten hingewiesen, anstatt die entsprechenden Fördermittel zu nutzen.

Wenn wir dieses Jahrzehnt nicht für zielgerichtete Veränderung nutzen, werden die Folgen der Klimakrise viel teurer werden.

Auch in der Bildung müssen wir nachhaltig denken: Wenn Ansbach Bildungsstadt bleiben soll, dürfen wir beispielsweise nicht so mit unserer Berufsschule umgehen und die Generalsanierung seit Jahren aufschieben.

Wir wollen Betriebe, die mit der Ausstattung der Schule und der Ausbildung ihrer Azubis zufrieden sind, weil diese Ausstattung entscheidend ist für den Bildungsstandort der Region und damit wiederum für den Standortfaktor Ansbach.

Vorbei ist, nach dem Willen von OB und der Stadtratsmehrheit, das große Feiern in unserer Stadt. Das Ende der Ansbach Open, dem Musikfestival, das seit 2001 Tausende begeisterte Besucher in unsere Innenstadt lockte, bedeutet nicht nur einen herben Einschnitt im kulturellen Angebot – insbesondere für Jugendliche. Es bedeutet auch den leichtfertigen Verzicht auf eine etablierte Marke, die über Jahrzehnte mit viel Engagement und Geld aufgebaut wurde. Im „Schutz“ der Pandemie wurde auch gleich noch die Skulpturenmeile auf Eis gelegt. Für sie gilt das Gleiche: Eine etablierte Marke, an deren Format und Ausrichtung man hätte feilen können, wird eingestampft. Warum: Weil Kultur Geld kostet. Welch ein Armutszeugnis.

Ganz grundsätzlich werden wir als Stadtratsgremium fast immer zu spät beteiligt, und die Informationen, die uns zur Verfügung gestellt werden, sind oft lückenhaft. Dies scheint wohl traditionell in Ansbach so zu sein, doch ist dies weder angemessen, noch ist es auf der Höhe der Zeit.

Genauso verhält es sich mit den Sitzungen. Während in anderen Städten längst digital getagt wird, treffen wir uns noch stets in Präsenz. Dabei wird das Argument Datenschutz aus unserer Sicht vorgeschoben. Doch dass wir als Stadtrat in jeder Sitzung gefilmt und in die Amtsstuben übertragen werden, dazu wurde unser Einverständnis nicht eingeholt.

Dieser Haushalt, werte Kolleginnen und Kollegen, ist eine Folge der Planungen und Politik der vergangenen Jahrzehnte. Selbstredend ist unsere Haushaltssituation äußerst schwierig.

Umso wichtiger wäre es gewesen, den Haushalt tatsächlich zu beraten und wirklich um Einsparungen und Ausgaben zu ringen. Aber nachdem es eine historisch erstmalige Vereinbarung gab zwischen CSU, SPD, Freien Wählern und BAP, dem Haushaltsentwurf der Kämmerei ohne Wenn und Aber zuzustimmen, waren sämtliche Debatten von vornherein sinnlos, weil diese Mehrheit ja sowieso keinem unserer Vorschläge (bis auf einen rein technischen) zuzustimmen bereit war.

Wir haben übrigens eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht für Haushaltseinsparungen, die ebenfalls abgelehnt wurden. Eine Kreditaufnahme in Höhe von 10 Millionen €, wie sie unser Kämmerer vorgeschlagen hat, wäre daher vielleicht nicht in voller Höhe notwendig gewesen, dennoch haben wir ihr zugestimmt. Wir hatten bereits vor einem Jahr darauf hingewiesen, dass es verantwortungsvoll ist, eine Kreditaufnahme mit Augenmaß durchzuführen, wie das ja auch im Bund und in Europa geschieht, weil wir gerade als Kommune eine besondere Rolle für die Menschen einnehmen. Denn wenn das sicherlich immer notwendige kritische Ausschauen nach Sparmöglichkeiten so weit geht, dass man dringend notwendige

Sanierungsmaßnahmen immer weiter verschiebt, dann verschwindet ja nicht die Notwendigkeit für solche Maßnahmen, sondern sie werden einfach immer teurer. Wenn beispielsweise jetzt davon ausgegangen wird, dass eine Sanierung der Berufsschule 35 Millionen € kosten wird, so muss man einfach daran erinnern, dass sie nur die Hälfte gekostet hätte, hätte man sie rechtzeitig, also vor 10 oder 15 Jahren angegangen.

Eine dringend nötige Priorisierung zugunsten des Klimaschutzes blieb leider aus. Unser Kämmerer spricht oft von Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben der Kommune, sogenannten „Nice-to-have“-Maßnahmen. Klimaschutz ist aber nicht „nice to have“, sondern für das Überleben unserer Nachfahren unumgänglich. Bis jetzt ist ein tatsächlicher Sinneswandel zugunsten des Klimaschutzes trotz gut klingender Absichtserklärungen nicht in Sicht.

Daher lehnen wir den HH 2022 ab.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner
Oliver Rühl Dr. Christian Schoen

Richard Illig
Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN